

„Kahlschlag gibt es nicht“

Huber will Kürzungen im Nahverkehr verhindern

Wegen des teureren Sprits fahren immer mehr Pendler mit dem Zug. Ausgerechnet im Nahverkehr will die Bundesregierung aber bis 2009 etwa 2,3 Milliarden Euro einsparen, die sie bisher den Ländern für die Bestellung des öffentlichen Personennahverkehrs zahlte. Dem Freistaat würden rund 150 Millionen Euro fehlen. 1200 Arbeitsplätze und jeder sechste Regionalzug würden voraussichtlich wegfallen. Die SZ sprach darüber mit Verkehrsminister Erwin Huber.

SZ: Die Kürzungen der Mittel werden in Bayern spürbare Folgen haben. Wo liegt Ihre Schmerzgrenze?

Huber: Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln erfolgen sollen. Zur Sanierung des Bundeshaushalts gibt es keine Alternative. Die jetzt auf dem Tisch liegenden Vorschläge sind aber Vorschläge des Bundesfinanzministers. Darüber werden jetzt Verhandlungen mit den Ländern beginnen. Der Freistaat wird sich vernünftigen Vorschlägen nicht in den Weg stellen. Einen Kahlschlag wird Bayern aber nicht mitmachen.

SZ: Wird es im Bundesrat eine einheitliche Linie der Länder geben, oder wird notfalls Bayern im Alleingang gegen die Kürzungen angehen?

Huber: Wir brauchen ein vernünftiges Angebot für einen flächendeckenden ÖPNV. Das ist unser Ziel, diese Linie werden wir im Bundesrat ganz klar verfolgen. Darauf können sich die Fahrgäste verlassen. Und dabei werden wir sicherlich nicht alleine sein. Klar ist aber auch, dass der Bundeshaushalt saniert werden muss. Daran führt kein Weg vorbei. Jeder muss sich hier der Verantwortung stellen.

SZ: Könnte Ihr Haus eigene Mittel umschichten, um Ausfälle zu vermeiden?

Huber: Wenn der Bund seine Planungen, wie er sie jetzt hat, umsetzt, wird es kaum möglich sein, alles voll zu kompensieren. Einen Teil der Kürzungen können wir aber durch zusätzliche Einnahmen, zum Beispiel durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab dem Jahr 2007, wieder ausgleichen. Das ist so im Koalitionsvertrag vorgesehen. Und wir werden auch verstärkt durch Ausschreibungen neue Effizienzspielräume nutzen. Wir werden aber auch nicht daran vorbei kommen, Prioritäten zu setzen. Das heißt, dass

wir tatsächlich dort einsparen müssen, wo es uns am wenigsten weh tut. In diesem Jahr wird sich für die Pendler in Bayern jedenfalls nichts ändern. Erst wenn Ausmaß und Zeitraum der Kürzungen feststehen, werden wir über Konsequenzen nachdenken.

SZ: 2005 gab es Streit mit dem Bund um die Regionalisierungsmittel. Jedes Jahr erhält Bayern eine Milliarde Euro für den Nahverkehr. Ihr Vorgänger habe die Mittel nicht zweckgebunden ausgegeben und einen Teil sogar für Großprojekte auf die hohe Kante gelegt. Könnten Sie nicht dieses Schatzkästlein plündern?

Huber: Alle Regionalisierungsmittel sind in Bayern zweckentsprechend eingesetzt worden. Bayern hat das Angebot im Schienenpersonennahverkehr in den letzten zehn Jahren um



Verkehrsminister Erwin Huber in der Zwickmühle. Foto: Haas

rund 30 Prozent erhöht. Wir haben auch neue Investitionen getätigt, zum Beispiel in die S-Bahn-Netze in München und Nürnberg. Das entspricht genau dem Sinn und Zweck der Regionalisierungsmittel.

SZ: Sie müssen in Ihrem eigenen Ressort-Haushalt rund zehn Millionen Euro einsparen. Bleibt da noch Geld übrig für die Zuschüsse zu verbilligten Schülerfahrkarten?

Huber: In diesem Jahr wird es hier keine Kürzungen geben, die nicht schon durch das Koch-Steinbrück-Papier, eine Liste zum Subventionsabbau von 2004, verursacht sind.

Interview: Manfred Hummel